



KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG

— Fellowship ship 2025

Christoph M. Schmidt



— Fellowship 2025



— Christoph



M. Schmidt



Inhaltsverzeichnis

- 4 Vorwort Christoph M. Schmidt
- 6 Vorwort Annegret Kramp-Karrenbauer

— Fellowship 2025

- 10 Christoph M. Schmidt ist der Fellow 2025 der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 12 „Deutschland braucht eine klare Wachstumsagenda“ – Interview

— Künstliche Intelligenz

- 16 KI als Chance für Demokratie, Staat und Verwaltung

— Innovation

- 24 Wie wird Innovation zum Katalysator für Wachstum?

— Soziale Marktwirtschaft

- 32 Lesen bildet, auch die Wirtschaft

— Europas Wettbewerbsfähigkeit

- 38 „Umso wichtiger ist die Vollendung des europäischen Binnenmarkts“

— Wirtschaftsthemen

- 44 Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 46 Impressionen
- 48 Rückblick Fellowship

Mein Jahr als KAS-Fellow

VON CHRISTOPH M. SCHMIDT

Das Jahr 2025 war einerseits ein großartiges Jahr: Modelle der generativen Künstlichen Intelligenz haben das atemberaubende Tempo ihres Fortschritts fortgesetzt und arbeiten nun in immer mehr Bereichen nahezu so, als besäßen sie menschliche Intelligenz. Trotz aller Widrigkeiten zeigte sich die globale Wirtschaft robust und setzte ihre Erholung vom Rückschlag der Coronapandemie fort. Großartige Kunstausstellungen, etwa in Essen oder Berlin, demonstrierten erneut die beeindruckende Kraft menschlicher Kreativität.

Andererseits war das Jahr 2025 ein grässliches Jahr. Viele kriegsrische Auseinandersetzungen wurden fortgesetzt, etwa der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, nunmehr in seinem vierten Jahr, und ein islamistischer Anschlag löste den nächsten ab. Das Jahr war eines der heißesten Jahre seit Beginn der Klimaaufzeichnungen, Nachrichten von Hitzewellen und Dürren rissen nicht ab. Das erratisch anmutende Hin und Her von US-Präsident Trump bei der Zollpolitik und Chinas knallharte Industriepolitik erschwerten das wirtschaftliche Handeln in Europa.

In dieser Welt des enormen Fortschritts, der großen Widersprüche und brüchigen Stabilität kann die Wissenschaft dazu beitragen, die komplexe Wirklichkeit zu ordnen, Entwicklungen besser zu verstehen und Optionen für individuelles, gemeinschaftliches und politisches Handeln zu erarbeiten. Das kann sie insbesondere leisten, wenn sie gleichermaßen selbstbewusst ihre Potenziale erläutert und sich demütig zu ihren Grenzen bekennt. Vor allem reicht die Perspektive einer einzelnen Disziplin meist nicht aus, um Problemlagen hinreichend zu umfassen und Zielkonflikte auszuloten.

Aus meiner Sicht ist es daher eine hervorragende Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung, ihre Arbeit in jedem Jahr von einer Wissenschaftlerin oder einem Wissenschaftler begleiten zu lassen, die ihre jeweilige Disziplin fachlich prägen und die zugleich Freude am gesellschaftlichen und politischen Diskurs haben. Ich freue mich daher darüber, dass für das Fellowship des Jahres 2025 nunmehr die Wahl auf die Wirtschaftswissenschaften als Disziplin gefallen ist und dass die Stiftung mich als deren Vertreter auserkoren hat.

Wenngleich ihre fachliche Perspektive allein dafür zweifellos nicht ausreichen wird, so können die Wirtschaftswissenschaften doch eine Menge zur Analyse großer gesellschaftlicher Probleme und ihrer Bewältigung beitragen. Sie bringen wichtige Erkenntnisse in den Diskurs ein: (i) Menschen sind zwar soziale Wesen, aber sie tendieren zugleich dazu, eigennützig zu handeln; (ii) es gibt angesichts begrenzter Ressourcen eine Konkurrenz der Ziele und Wünsche; (iii) Menschen bilden Erwartungen und lassen sich daher nicht dauerhaft täuschen.

Diese tief in der Lebenswirklichkeit verwurzelten Einsichten ergänzen die Perspektive anderer Disziplinen, werden aber typischerweise auch als ernüchternd empfunden, denn sie machen politisches Handeln schwer: (i) Politik lässt sich auf Dauer nicht gegen die Wünsche der Menschen machen; (ii) politische Entscheidungen können nicht alle gleichermaßen glücklich machen und (iii) Vertrauen in die Politik muss durch Verlässlichkeit errungen und bewahrt werden. Umso wichtiger ist es für politisch Handelnde, diese Konsequenzen zu begreifen.

Im Laufe dieses Jahres hatte ich die Gelegenheit, in vielfältigen Formaten und anlässlich verschiedenster Themen mit dem Stiftungsteam und seinen Führungspersonlichkeiten dazu ebenso ins Gespräch zu kommen wie mit Stipendiatinnen und Stipendiaten. Es war, wie sich anhand dieses Berichts leicht erkennen lässt, ein äußerst bereicherndes Jahr. Nicht zuletzt haben mich die vielen jungen Menschen, mit denen ich mich austauschen durfte, mit ihrer Neugier und ihrer Bereitschaft zu einer engagierten Debatte beeindruckt.

Ich hoffe, die Arbeit der Stiftung mit meinem Einsatz als KAS-Fellow etwas bereichert und einige Spuren hinterlassen zu haben, aber zweifellos konnte ich selbst eine ganze Menge dabei lernen. Daher bin ich der Stiftung sehr dankbar für dieses Jahr und kann trotz aller Sorgen über den Zustand der Welt und ihre Fortentwicklung, die mich genauso wie die meisten von uns umtreiben, tatsächlich sagen: Das Jahr 2025 war, trotz allem, ein gutes Jahr!





Vorwort

VON ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer

Konrad Adenauer wäre 2026 150 Jahre alt geworden. Schon zu seiner Zeit wurde darum gerungen, wie die Wirtschaft der jungen Bundesrepublik wieder in Schwung gebracht werden könnte und welches System hierfür am besten geeignet wäre. Die Antwort damals war die Soziale Marktwirtschaft. Auch heute ist allen klar, dass wir die Grundlagen dafür erneuern müssen, unsere Wirtschaft zukunftsfest zu machen. Geopolitische Spannungen, zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten und mangelnde Reform- und Innovationsfähigkeit sind für eine offene Volkswirtschaft wie die deutsche besonders herausfordernd. Diese Herausforderungen anzunehmen und die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken, wird nicht ohne neue Ideen und Konzepte gehen.

Bei der Suche nach wirtschaftspolitischen Reformansätzen kommt es vor allem auf die Schnittstellen von empirischer Forschung und wissenschaftsbasierter Politikberatung an. Kaum jemand in Deutschland kennt sich an diesen Schnittstellen so gut aus wie der bekennende „Zahlenmensch“ Christoph M. Schmidt. Nach einem Soziologen, einem Diplomaten, einer Meeresbiologin und einem Experten für Staatsmodernisierung war er im Jahr 2025 als fünfter Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung der perfekte

Impulsgeber, Partner und kritische Begleiter der Stiftung zur richtigen Zeit. Ein ganzes Jahr lang hat er die Arbeit der Stiftung bereichert, gefördert und manchmal auch herausgefordert. Genau im richtigen Moment. Denn für die kommenden Jahre haben wir uns viel vorgenommen. Wir wollen unsere Arbeit stärker bündeln und an strategischen Handlungsfeldern ausrichten. Wir wollen die Stiftung zur Denkfabrik für bürgerliche Politik und Soziale Marktwirtschaft ausbauen. Christoph M. Schmidt hat uns zahllose Anregungen, Ideen, Kontakte und Konzepte mit auf diesen Weg gegeben. Hierfür gilt ihm mein aufrichtiger Dank.



ship 2025 — Fellow

Christoph M. Schmidt



Christoph M. Schmidt ist der Fellow 2025 der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt ist Präsident der Leibniz-Gemeinschaft und Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik und Angewandte Ökonometrie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Zu seiner Zeit als KAS-Fellow war er Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

Außerdem war und ist er Mitglied in zahlreichen Gremien, unter anderem war er von 2009 bis 2020 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in den Jahren 2013 bis 2020 als dessen Vorsitzender. Von 2024 bis 2026 war er Mitglied der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). In seiner mehrfach ausgezeichneten Arbeit beschäftigt sich Christoph M. Schmidt insbesondere mit Fragen der Energie-, Gesundheits- und Arbeitsmarktökonomik und engagiert sich an der Schnittstelle von Forschung und wissenschaftsbasierter Politikberatung.

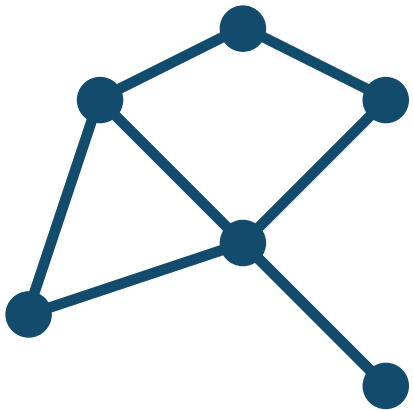
Für den damaligen Vorsitzenden und heutigen Ehrenvorsitzenden der Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, konnte mit Christoph M. Schmidt „einer der renommiertesten ökonomischen Denker und Berater Deutschlands gewonnen werden, der die Stiftung dabei unterstützt, die Soziale Marktwirtschaft in Zeiten wirtschaftlicher Transformation zukunftsfest zu machen“.

DAS KAS-FELLOWSHIP:

Eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Tun ist für die politische Bildungsarbeit unerlässlich. Insbesondere der Blick von außen hilft dabei, Überholtes zu verändern, Bewährtes zu stärken und neue Ideen für die Demokratie zu entwickeln. Das Fellowship der Konrad-Adenauer-Stiftung, kurz KAS-Fellowship, soll diesen kritischen und kreativen Blick von außen auf die Arbeit der Stiftung gewährleisten. Als stiftungsübergreifende Initiative bindet das KAS-Fellowship jährlich eine herausragende Persönlichkeit aus Politik, Gesellschaft oder Wissenschaft in die Arbeit der Stiftung ein. Die Fachgebiete und Perspektiven der jeweiligen Fellows wechseln und sind interdisziplinär motiviert. Jede und jeder Fellow hat gleichermaßen die Aufgabe, die Aktivitäten und Positionen der Stiftung durch zukunftsorientierte, aber auch durch mahnende Impulse zu begleiten und zu bereichern.

„Deutschland braucht eine klare Wachstumsagenda“

INTERVIEW MIT CHRISTOPH M. SCHMIDT



Herr Schmidt, Sie sind seit Jahrzehnten in der Politikberatung engagiert. Was raten Sie der Politik in einem Land, das sich nur langsam aus der Stagnation löst?

Deutschland braucht eine klare Wachstumsagenda – ohne jede Verzögerung. Dies erfordert vor allem den politischen Mut, dem Thema „Leistung“ unbedingte Priorität zu verleihen und konsequent das Erwirtschaften wieder vor das Verteilen zu setzen. Die Politik muss viele strukturelle Bremsen lösen: Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen, Investitionen erleichtern. Die Energiepolitik muss realistisch sein – Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gehören zusammen. Unser Arbeitskräftepotenzial muss besser genutzt werden – nicht nur im Alter. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in Deutschland durchaus bereit sind, Zumutungen zu akzeptieren – wenn Reformen fair, nachvollziehbar und zeitlich gestaffelt umgesetzt werden und sie sich so rechtzeitig darauf einstellen können.

In Ihrem Beitrag für die Zeitschrift *Die Politische Meinung* schreiben Sie von „einer allgemeinen Aversion gegenüber Veränderung“ in Deutschland. Woran machen Sie das fest?

In Deutschland gibt es in der Tat einen stark spürbaren Reflex, den Status quo zu bewahren, sobald von Reformen oder vom Strukturwandel die Rede ist. Wie sonst könnten wir beispielsweise beim Thema Digitalisierung so sehr hinter anderen Volkswirtschaften herhinken? Heute sehen wir, dass dieses Modell der Status-quo-Sicherung an seine Grenzen stößt: Wir haben uns zu weit von marktwirtschaftlichen Prinzipien entfernt, die für Effizienz und Dynamik sorgen. Diese Aversion gegen Veränderung lässt sich nur aufbrechen, wenn Reformen an der Lebenswirklichkeit der Menschen ansetzen, wenn sie offen kommuniziert sowie widerspruchsfrei und verlässlich umgesetzt werden – nicht halbherzig oder mit ständigem Kurswechsel. Dann kann Vertrauen entstehen und Wandel als Chance und nicht als Bedrohung verstanden werden.

Als KAS-Fellow haben Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung über ein Jahr lang kennengelernt und begleitet. Was kann die Stiftung dazu beitragen, die Bereitschaft für Veränderung in Politik und Gesellschaft zu erhöhen?

Unser gesellschaftliches Ziel sollte die Stärkung der Fähigkeit zur selbstbestimmten Gestaltung von Veränderungen sein, denn die großen Umbrüche der Gegenwart – wie der demografische Wandel oder die Digitalisierung – werden sich ohnehin nicht abwenden lassen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung steht für die Werte und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, also des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das Freiheit, Verantwortung und Solidarität als

tragende Säulen einer zukunftsfähigen Ordnung versteht. Die Stiftung kann Orientierung geben, indem sie zeigt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und wirtschaftliche Effizienz zusammengehören. Durch faktenbasierte Diskussionen, die unbequeme Wahrheiten offen ansprechen, kann sie helfen, Veränderung als gestaltbaren Prozess erfahrbar zu machen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit ihrer Konferenz *Vision Innovation* im Juni 2025 die Bedeutung neuer Geschäftsmodelle für die wirtschaftliche Transformation hervorgehoben. In welchen Bereichen sehen Sie Deutschlands Stärken?

Deutschland verfügt über eine solide Stärke im Bereich der Wissenschaft: Viele Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind hervorragende Lehr- und Forschungsstätten, etwa in den Natur- und Technikwissenschaften. Nun müssen sie auch zu zentralen Knotenpunkten für den Innovations- und Technologietransfer in die Wirtschaft werden, um Wissen schnell in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu überführen. Denn die Antwort auf die aktuelle Wirtschaftsschwäche liegt in der industriellen Nutzung von Technologien, die mit großem Forschungsaufwand und hohem Investitionsbedarf verknüpft sind. Deutschen Unternehmen muss es gelingen, sich in Schlüsseltechnologien wie der Biotechnologie, den Material- und Produktionstechnologien sowie den digitalen Technologien im internationalen Wettbewerb durchzusetzen.

Aufgrund zunehmender geopolitischer Spannungen geraten Wirtschaft und Handel unter Druck. Wie können Deutschland und Europa hierauf reagieren?

Deutschland und Europa sollten nicht mit Abschottung reagieren, sondern nach technologischer und wirtschaftlicher Souveränität streben. Es geht dabei darum, mit besserer Wettbewerbsfähigkeit, mehr Innovationskraft und kluger Diversifizierung das eigene wirtschaftliche und politische Schicksal selbst bestimmen zu können. Dazu gehört, Abhängigkeiten zu verringern und neue Partnerschaften mit Ländern zu etablieren, die an einem fairen und nachhaltigen Austausch interessiert sind. Europa kann in dieser Weltordnung selbstbewusster auftreten, wenn es sein wirtschaftliches und technologisches Potenzial endlich konsequent hebt. Eine Politik, die Investitionen, Forschung und Wettbewerb stärkt und Verlässlichkeit ausstrahlt, schafft dafür die Grundlage.



Leibniz-Gemeinschaft in Berlin.

DIE LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT:

Die Leibniz-Gemeinschaft ist ein Zusammenschluss von 96 eigenständigen deutschen Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Sie betreiben erkenntnis- und anwendungsorientierte Forschung, unterhalten wissenschaftliche Infrastrukturen und bieten forschungsbasierte Dienstleistungen an. Die Leibniz-Gemeinschaft berät und informiert Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Dabei setzt sie Schwerpunkte im Wissenstransfer, insbesondere mit den Leibniz-Forschungsmuseen.

The background features a dense, repeating pattern of blue circuit traces on a darker blue textured surface. Overlaid on this are several thick, yellow geometric shapes: two parallel diagonal lines with circular ends in the upper left, and two more complex, angular shapes in the lower right.

Künstliche Intelligenz



KI als Chance für Demokratie, Staat und Verwaltung

Fellowship-Auftaktveranstaltung im Innovationspark Künstliche Intelligenz in Heilbronn

Zum Auftakt des KAS-Fellowships 2025 stand am 29. Januar die Frage: „Welche Rolle kann Künstliche Intelligenz bei der Modernisierung von Demokratie, Staat und Verwaltung spielen?“ In Deutschland gibt es kaum einen besseren Ort, um mit dem neuen KAS-Fellow Christoph M. Schmidt zu KI-Fragen ins Gespräch zu kommen, als den Innovationspark Künstliche Intelligenz (IPAI) in Heilbronn. Bereits in seiner Begrüßung zur Fellow-Auftaktveranstaltung verwies der Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung, Christoph Brand, auf den Zusammenhang von Modernisierung und Staatsreform. Diesen hätten bereits die Stein-Hardenbergschen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Bezug auf die Modernisierung des preußischen Staates hervorgehoben. Auch die Bundesrepublik Deutschland brauche eine solche umfassende Modernisierung. Dabei zitierte Brand den KAS-Fellow 2024 Lars Zimmermann, Mitgründer des GovTech Campus Deutschland: „Ein kluger Einsatz von KI kann maßgeblich dazu beitragen, einen leistungsfähigeren und technologiefähigen Staat zu ermöglichen und mit einer Verbesserung der Qualität staatlicher Leistungen auch das

Vertrauen in die Demokratie zu stärken.“ Zimmermann habe stets betont, dass Demokratien technologiefähig werden müssten, um die Grundlage für ihr eigenes Funktionieren zu erhalten.

Wie Künstliche Intelligenz dazu beitragen kann, zeigte Moritz Gräter, CEO des IPAI, in seiner anschließenden Präsentation des Heilbronner Innovationsparks. Dieser wurde als größter KI-Hub in Deutschland gegründet, um exzellente Forschung auch in die Anwendung überführen zu können. In den kommenden Jahren werde „auf der grünen Wiese“ ein gigantischer Campus entstehen. Manuel Hagel, Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, betonte in seiner Keynote ebenfalls den Zusammenhang zwischen einem funktionierenden Staat und der Zufriedenheit mit der Demokratie. Wenn Menschen im Alltag immer wieder negative Erfahrungen machten, erodierte das Vertrauen in den Staat. Daher sei es entscheidend, neue Technologien, insbesondere KI, konsequent und gleichzeitig verantwortungsvoll zu nutzen. Er hoffe, dass von Heilbronn und Baden-Württemberg ein Signal des Aufbruchs für ganz Deutschland ausgehe.

Künstliche Intelligenz



KI kann Kunst. Ausstellung im Innovationspark Künstliche Intelligenz (IPAI) in Heilbronn.

„Digital only“ als Leitmotiv

In der anschließenden Paneldiskussion setzten sich Christoph M. Schmidt, Moritz Gräter, Manuel Hagel und Frauke Goll, Geschäftsführerin des appliedAI Institute for Europe, mit den Herausforderungen und Chancen der KI-Revolution auseinander. Moderiert von Annika Schröder, Head of Public Affairs des Legal Tech Verbands, kam die Diskussion sofort auf die Schwachpunkte zu sprechen. Christoph M. Schmidt kritisierte zunächst die deutsche Vorgehensweise bei der Digitalisierung im Vergleich zu den Vereinigten Staaten. In Deutschland heiße Digitalisierung oft, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Digitalen

die gleichen Aufgaben erledigten wie im Analogen: „Alle machen das Gleiche wie vorher analog, nun aber digital mit Laptop.“ Tatsächlich bedeute Digitalisierung aber, Prozesse zu verändern. Das sei eine mühselige und kleinteilige Arbeit, deren Erfolge oft erst später sichtbar würden.

Für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sei es daher einfacher und zudem mit mehr Außenwirkung verbunden, bei einem Pressetermin einen Scheck zu überreichen, als sich in den „Maschinenraum der Verwaltung“ zu begeben. Schmidt, der von 2024 bis 2026 auch Mitglied der sechsköpfigen Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) war, plädierte dabei für das Prinzip „digital only“, also für den vollständigen Ersatz analoger Prozesse durch digitale. Wenn man

KI als Chance



Frauke Goll, Manuel Hagel, Moderatorin Annika Schröder und Christoph M. Schmidt (v. l. n. r.).

mit Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus Ländern wie Estland spreche, höre man auf die Frage nach dem Grund ihres Erfolgs: „Wir waren konsequent.“ Bei dieser Umstellung sollten Menschen, die Schwierigkeiten mit digitalen Anwendungen haben, Unterstützung bekommen. Für Deutschland wünsche er sich weniger Technikskepsis und mehr Lust auf Innovation.

Vertrauenswürdige KI ist grundlegend

Für den Einsatz neuer Technologien sei das Vertrauen der Menschen entscheidend, betonte auch Frauke Goll. Vertrauenswürdige KI basiere auf ethischen Standards und verhindere, dass eigentlich effiziente und sichere Anwendungsfelder für KI aufgrund von Vorbehalten ungenutzt blieben. Hier habe man aus der Vergangenheit gelernt, etwa aus dem Kindergeldskandal in den Niederlanden, bei dem Familien migrantischer Herkunft systematisch des Sozialbetrugs beschuldigt wurden. Gleichzeitig kritisierte Goll die Komplexität der europäischen KI-Verordnung als „regulatorisches Monstrum“. Es sei daher umso wichtiger, bei der Umsetzung Verwaltungsspielräume

konsequent zu nutzen und Silos einzelner Behörden und Ministerien aufzubrechen.

Um den Regulierungsdruck, nicht nur im Technologiebereich, nachhaltig zu reduzieren, forderte Manuel Hagel ein Verfallsdatum für Normen und ein Vorgehen nach dem Prinzip „one in, two out“. Nach diesem Prinzip soll die Einführung einer neuen Regel durch den Wegfall zweier bisheriger Regulierungen kompensiert werden. Ein Verfallsdatum von Normen würde darüber hinaus die Mehrheitslogik umkehren. Es brauche dann keine Mehrheit, um eine Norm abzuschaffen, sondern um sie beizubehalten. Christoph M. Schmidt empfahl als dritte Maßnahme eine datengestützte Evaluation, die zeige, ob ein verabschiedetes Gesetz sein Ziel tatsächlich erreicht habe. Der Staat solle im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft einen „Ordnungsrahmen für die Digitalisierung von Unternehmen“ schaffen, so Schmidt. Regeln seien wichtig, „aber der Staat muss auch wissen, wann er besser loslassen sollte“. Zu viele staatliche Eingriffe – sei es über Regulierungen oder Subventionen – führten zu Ineffizienzen. Als Beispiel aus dem Bereich der Klimapolitik verwies er auf europäische Förderprogramme im Vergleich zum US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA). Europa setze komplizierte Antragsverfahren für Fördertöpfe auf, während der IRA mit unkomplizierten Steuergutschriften arbeite. Es brauche mehr Mut zu einfachen Instrumenten.

„Digitalisierung bedeutet, Prozesse zu verändern.“

KI zum Anfassen

In seinem Schlusswort wies Christoph Brand auf den künftig noch zunehmenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst hin. Ohne eine umfassende Modernisierung unter Einbeziehung von Künstlicher Intelligenz sei die Handlungsfähigkeit des Staates nicht sicherzustellen. Hier zähle konsequentes Vorgehen.

Im Anschluss hatten die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, an Führungen über den IPAI teilzunehmen und verschiedene KI-Anwendungsfelder kennenzulernen. Unter anderem gab es von KI erstellte Kunstwerke zu sehen. Außerdem wurde ein Ratgeber zur Auswahl der passenden Schuhgröße beim Online-Shopping präsentiert. Ein einfaches Scannen des Fußes mit dem Smartphone reicht aus, um die richtige Schuhgröße im Abgleich mit hinterlegten Daten zu Schuhschnitt und Passform zu ermitteln. Darüber hinaus konnten Besucherinnen und Besucher anhand des Klopfens auf die Oberfläche verschiedener Materialien diese akustisch bestimmen lassen. „Das könnte auch bei *Wetten, dass..?* auftreten“, meinte eine sichtlich beeindruckte Besucherin.

Inno

vation



Wie wird Innovation zum Katalysator für Wachstum?

Die Innovationskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Fähigkeit zur Innovation bildet eine zentrale Säule der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Wohlstands. Welche Rahmenbedingungen muss die Politik schaffen, um Forschung und Entwicklung ebenso wie Unternehmertum zu stärken? Wie können neue Ideen und Erfindungen schneller praxistauglich werden? Und was braucht es, damit Innovationen in der Bevölkerung schneller akzeptiert und angenommen werden? Auf der Konferenz *Vision Innovation* in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin wurde darüber am 25. Juni 2025 mit spannenden und sehr unterschiedlichen Gästen aus

Katalysator für Wachstum

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft reflektiert und diskutiert. Innovativ waren nicht nur die Wortbeiträge, sondern auch das Format. Zahlreiche Organisationen und Unternehmen beteiligten sich an der Konferenz, an mehreren Ständen wurden innovative Projekte präsentiert und am Ende gab es sogar einen Gewinner.

Bereits in der Eröffnung gab der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, die Richtung vor: „Wirtschaftlicher Aufschwung ist nur mit Innovation möglich!“ Für Linnemann ist klar, dass Rezession nur durch Innovation überwunden werden kann. Innovationen aber bräuchten eine Fehlerkultur und Räume zum Ausprobieren und Experimentieren. Sie bräuchten aber auch geeignete Rahmenbedingungen für das Unternehmerische. Hier komme der Staat ins Spiel. Dieser habe bislang zu stark in Einzelprojekte investiert. Das müsse kritisch hinterfragt werden. Jetzt komme es darauf an, Schlüsselbereiche zu definieren und zu unterstützen.

Innovationsbedingungen verbessern

In der anschließenden Paneldiskussion diskutierte Christoph M. Schmidt mit Carsten Linnemann und Sigrid Evelyn Nikutta, zu der Zeit Vorstand der Deutschen Bahn und zuständig für die DB Cargo AG. Schmidt wies zunächst darauf hin, dass eine gute Balance zwischen Ordnungspolitik und transformativem Eingreifen gefunden werden müsse. Innovation werde vor allem durch private Investitionen getrieben. Der Staat könne privates Risikokapital nicht ersetzen. Aber er könne die Investitionsbedingungen verbessern. Hier bestehe noch viel Handlungsbedarf und außerdem die Notwendigkeit, sich das Portfolio ganzheitlich anzusehen. Wer das tue, stoße vor allem auf das Innovationshindernis Arbeitsrecht. In Deutschland müsse man hohe Abfindungen an ausscheidende Mitarbeitende zahlen, wenn ein Projekt scheitert. Das treibe die Kosten nach oben und senke die Risikoneigung. Schmidt nannte ein Beispiel: Wer für ein risikoreiches Softwareprojekt 100 Programmiererinnen beziehungsweise Programmierer einstellen wolle, die er bei einem Scheitern mit hohen

„Der Staat kann die Investitionsbedingungen verbessern.“

Abfindungssummen entlassen müsse, werde den Einstieg in das Projekt eher nicht wagen. Wünschenswert, so Schmidt weiter, sei daher eine „konzertierte Aktion zur Deregulierung“. Die schnelle Errichtung von LNG-Terminals habe gezeigt, wie schnell eine Volkswirtschaft „aus dem Quark“ komme, wenn das nationale Interesse betroffen sei.

In den anschließenden Einzelbeiträgen, Diskussionsformaten und interaktiven Debattenforen wurde die gesamte Bandbreite des Themas deutlich. Innovation bedeute nicht nur wirtschaftliche Sicherheit, betonte Silke Launert, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt. In ihrem Input zu Deutschlands Hightech Agenda machte sie deutlich, dass Innovationen auch die Voraussetzungen für technologische Unabhängigkeit schaffen sowie die Möglichkeit eröffnen, kritische Technologien und Infrastrukturen zu steuern. Ziel sei es, aus Deutschland wieder ein Top-Technologieland zu machen. Um dies zu erreichen, so Launert, sei Wissenstransfer eine zentrale Voraussetzung.



Norbert Lammert und Carsten Linnemann im Gespräch mit den Ausstellenden.

Open-Space-Formate von Pharma bis Fintech

Wie aber können Innovationen in mittelständischen Unternehmen durch Wissenstransfer vorangebracht werden? Diese und andere fachspezifische Fragen wurden in einem interaktiven Open-Space-Format mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert – dabei waren unter anderen der Bundestagsabgeordnete Stephan Albani, der CEO von 5microns GmbH Lars Dittrich sowie Stefan Kolev, der Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein weiteres Open-Space-Format, das in Kooperation mit dem Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa) und dem Deutschen Netzwerk gegen Antimikrobielle Resistenzen (DNAMR) durchgeführt wurde, widmete sich dem Thema „Investitionen für morgen: Neue Antibiotika fördern, Krisen vermeiden“. Hier diskutierten die Teilnehmenden über die Herausforderung, der Verbreitung von multiresistenten Keimen durch die Entwicklung neuer Antibiotika entgegenzuwirken. Mathias Pletz, Direktor des Instituts für Infektionsmedizin und Krankenhaushygiene am Universitätsklinikum Jena, konfrontierte das Publikum mit der ernüchternden Erkenntnis, dass sich die Entwicklung von resistenten Keimen durch medizinische Innovation nicht verhindern, sondern nur verlangsamen lasse. Er machte auch deutlich: Es brauche einen langen Atem, um neue Wirkstoffe zu entwickeln. Kleinen Unternehmen, welche die Hauptlast bei der Entwicklung neuer Antibiotika tragen,

fehlten oft die finanziellen Mittel, um ein Produkt zur Marktreife zu bringen. Lösungen für bessere Anreizsysteme zur Finanzierung, wie das europäische Voucher-System, lägen auf dem Tisch und sollten schnell umgesetzt werden. Mögliche Defizite an diesen Systemen könnten später korrigiert werden.

Mit Defiziten haben auch Startups zu kämpfen. Nicht nur bürokratische Hürden überschatteten viele Gründungen. Auch Regulierungen und die Forderung nach Sicherheit erschwerten insbesondere jungen Unternehmen den Start, so Erik Podzuweit, Gründer und Co-CEO der Investmentplattform Scalable Capital auf der gemeinsam mit dem Startup-Verband durchgeführten Paneldiskussion „Startup-Standort 2030: Was brauchen Startups und Scaleups zum Durchstarten?“. Es gibt jedoch auch Lichtblicke. Romy Schnelle, Geschäftsführerin des High-Tech Gründerfonds, und Chris Rehse, Gründer der in der Alzheimerforschung tätigen neotiv GmbH, betonten in ihren Beiträgen, dass Deutschland trotz aller Herausforderungen für viele Fachkräfte immer noch attraktiv sei. Zwischen Attraktivität und Herausforderungen sieht sich auch der Bereich Defense Tech. Während der geopolitische Druck wachse, entwickle sich die Vereinheitlichung von Vorgaben innerhalb der Europäischen Union nur langsam. Teresa Ritter, Lead Security des GovTech Campus Deutschland, machte in ihrem Beitrag deutlich, wie sehr sich der Kontakt zwischen Unternehmen und der Bundeswehr häufig als Bottleneck gestalte.



Die Ausstellungsstände reichten von Pharma bis Fintech.



Norbert Lammert, Maria Grunwald, KAS-Fellow Christoph M. Schmidt, Sigrid Nikutta und Carsten Linnemann (v. l. n. r.).

Innovation



Preisträger Marvin Henkel.

Preisverleihung „Best Practices: Innovationstransfer gestalten“

Zum Abschluss der vielfältigen und facettenreichen Konferenz widmeten sich die Physikerin Heike Riel, IBM Fellow und Leiterin von Quantum und Informationstechnologien bei IBM Research, Christopher Baum, Vorstand vom Translationsforschungsbereich der Charité, sowie Philipp Krohn, Wirtschaftsredakteur der FAZ, der Frage, was die Technologien der Zukunft heute von der Politik benötigen. Die abendliche Dachterrasse der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung bot dafür einen angemessenen Rahmen. Es wurde aber nicht nur diskutiert, sondern auch die Auszeichnung „Best Practices: Innovationstransfer gestalten“ verliehen. Freuen durfte sich der Thüringer Ingenieur Marvin Henkel, der in seiner Diplomarbeit ein hochkomplexes Tischgerät zur

chemischen Oberflächenmodifikation unter Raumbedingungen entwickelt hatte. Nach Ansicht der Jury stellt diese Entwicklung ein „Paradebeispiel für erfolgreichen Wissenstransfer und gelebte Innovationskultur im Mittelstand“ dar. Das innovative Projekt setze nicht nur in der Forschung, sondern auch in der industriellen Anwendung neue Maßstäbe. Andreas Bühl, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, betonte deshalb in seinem Grußwort die außerordentliche Leistung von Henkel. Mit seiner Diplomarbeit habe dieser eine Brücke zwischen universitärer Forschung und unternehmerischer Anwendung gebaut. Beispiele wie dieses zeigten, wie Innovation gelingen könne.



Markt

— Soziale

wirtschaft

Lesen bildet, auch die Wirtschaft

Verleihung des Preis Soziale Marktwirtschaft an die Journalistin Heike Göbel

Soziale Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftstheorie. Im Gegenteil: Sie stellt den Menschen, sein Engagement und seine Initiative in den Mittelpunkt. Ihre Verwirklichung vollzieht sich unter anderem in der Fähigkeit zur permanenten – politischen und ökonomischen – Innovation, in selbstständigem Unternehmertum und in der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Erst praktisches Handeln und persönliches Vorbild erfüllen sie mit Leben. Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung den Preis Soziale Marktwirtschaft ins Leben gerufen. Mit diesem nicht dotierten Preis werden seit 2002 herausragende Leistungen von Personen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft ausgezeichnet.

Die Preisträgerinnen und Preisträger haben sich durch ihr Handeln oder ihre innovativen Ideen in den Dienst der Sozialen Marktwirtschaft gestellt und damit zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland beigetragen. Ihre Leistung soll Mut machen, auch schwierige Aufgaben anzupacken. Sie soll inhaltliche Anstöße für die politische Arbeit vermitteln und die Bedeutung der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft für die gegenwärtigen Herausforderungen herausstellen.

Prinzipien in der Debatte verankern

2025 wurde die Wirtschaftsjournalistin Heike Göbel für ihre Berichterstattung geehrt. Seit 1992 ist sie bei der FAZ tätig und hat sich durch ihre kritischen Kommentare und ihre faktenbasierte Haltung einen festen Platz im wirtschaftspolitischen Diskurs Deutschlands erarbeitet. Der Vorsitzende der

„Medien spielen bei der Etablierung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft immer eine prägende Rolle.“

Konrad-Adenauer-Stiftung, Norbert Lammert, unterstrich in seiner Eröffnungsrede zur Preisverleihung am 2. September 2025 im Festsaal des Senckenberg Jügelhauses in Frankfurt am Main Göbels herausragenden wirtschaftspolitischen, aber vor allem „leidenschaftlichen“ Journalismus: „Es ist der 22. Preis und er geht zum ersten Mal an eine Journalistin. Das war längst überfällig.“ Denn Medien – so Lammert weiter – spielten bei der Etablierung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft immer eine prägende Rolle.

Mit ihrer langjährigen journalistischen Arbeit stehe Heike Göbel für eine fundierte, unabhängige und konstruktive Auseinandersetzung mit wirtschaftspolitischen Fragen – ein unverzichtbarer Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung und zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft, begründete auch die Jury ihre Preisvergabe. Göbels Wirken stehe stets im Sinne einer freiheitlichen und verantwortungsvollen Wirtschaftsordnung. Ihre klaren Analysen betonten die Bedeutung von Eigenverantwortung und unternehmerischer Freiheit. Sie trügen maßgeblich dazu bei, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der öffentlichen Debatte zu verankern.



Christoph M. Schmidt, Christoph Brand, Karin Prien, Heike Göbel und Norbert Lammert (v. l. n. r.).

Aus dem Maschinenraum der Sozialen Marktwirtschaft

In ihrer Laudatio würdigte Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Preisträgerin als eine der herausragenden wirtschaftsliberalen Stimmen des Landes und hob hervor, dass Demokratie von Menschen lebe, die den offenen Diskurs nicht scheuten. Göbel habe zu Beginn ihrer Karriere viel über mittelständische Betriebe in Baden-Württemberg gearbeitet und hierdurch den „Maschinenraum der Sozialen Marktwirtschaft“ kennengelernt. Mit ihr habe der deutsche Wirtschaftsjournalismus eine immer sachliche und konstruktive Stimme, die die Verantwortung der Medien als vierte Gewalt außerordentlich ernst nehme. Aus Sicht der Ministerin ist dies unverzichtbar, wenn Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft haben sollen.

Im Anschluss folgte ein Gespräch zwischen Heike Göbel und Christoph M. Schmidt über die

Rolle des Journalismus und der Wissenschaften in der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei verglich Schmidt kritisch die Meisterambitionen seines Lieblingsfußballvereins mit dem Reformwillen des Sozialstaats – es gelte das Motto „nächste Saison“. Auch Göbel hob mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft hervor: „Die Früchte sind nicht mehr so leicht zu erkennen.“ Insbesondere angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung und der Plattformökonomie wachse die Nervosität. Viele Menschen sähen nicht mehr die unmittelbaren Vorteile und Verdienste der Sozialen Marktwirtschaft. Es sei deshalb die Aufgabe des Journalismus, auch schwierige und komplexe wirtschaftliche Sachverhalte anzusprechen. Gerade bei Themen wie Rente oder Energiewende müssten Probleme und Herausforderungen deutlich benannt werden, wenn Reformen gelingen sollten. Laut Schmidt besteht das zentrale Problem in Deutschland in der geringen Reformbereitschaft im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Hierfür sieht er drei Gründe: fehlende Informationen über Fakten und Zusammenhänge, eine veränderte weltpolitische Lage und die Sorge vor Wohlstandseinbußen. Im Umgang mit allen drei Aspekten spielten die Medien eine wichtige Rolle.

Information und Debatte statt Patentrezepten

Auch Heike Göbel betonte den Auftrag der Information und Vermittlung. Journalistinnen und Journalisten seien keine Propheten. In den meisten Fällen hätten sie keine Patentrezepte, mit denen sich Krisen und Reformnotwendigkeiten bewältigen ließen. Aber in Zeiten, in denen Sorgen zunehmen und immer mehr Menschen Orientierung suchten, könnten sie Probleme ansprechen und Fakten vermitteln, zum Beispiel mit Blick auf die schleppende Digitalisierung und die Macht amerikanischer Plattformen wie Amazon, Google und Microsoft. Einig waren sich Göbel und Schmidt auch darin, dass gewichtige Stimmen und mutige Schritte nötig seien, um die Soziale Marktwirtschaft wieder zu stärken. Der Blick richte

sich hierbei nicht nur nach vorn. Auch eine Rückbesinnung auf die Grundsätze und Ursprungsideen der Sozialen Marktwirtschaft und der Wettbewerbsordnung könne helfen, die heute notwendigen Reformen anzugehen.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist konzipiert als marktwirtschaftliche Ordnung, die in sich selbst für soziale Gerechtigkeit sorgt“, schloss der Juryvorsitzende und Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung, Christoph Brand, den Abend. Der Preisträgerin huldigte er mit den Worten: „Zeitungslesen bildet jeden Tag. Wenn man Heike Göbel liest, bildet es umso mehr.“ Die gesamte Gesellschaft – und nicht nur Politik und Wirtschaft – sei aufgefordert, das Land wieder voranzubringen. Eine überzeugte und leidenschaftliche Wirtschaftsjournalistin wie Heike Göbel leiste hierzu einen wichtigen Beitrag.

1

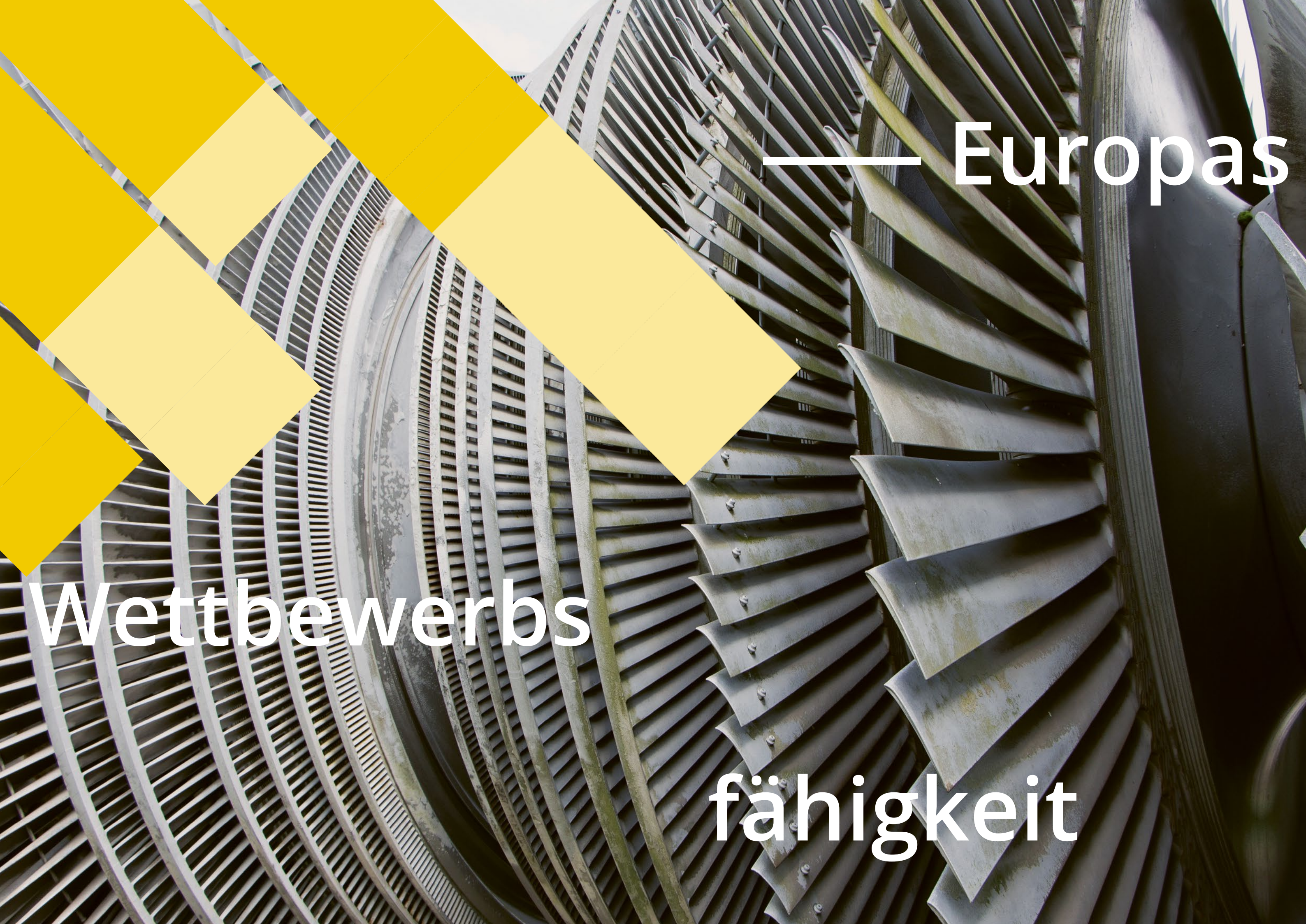


2



3

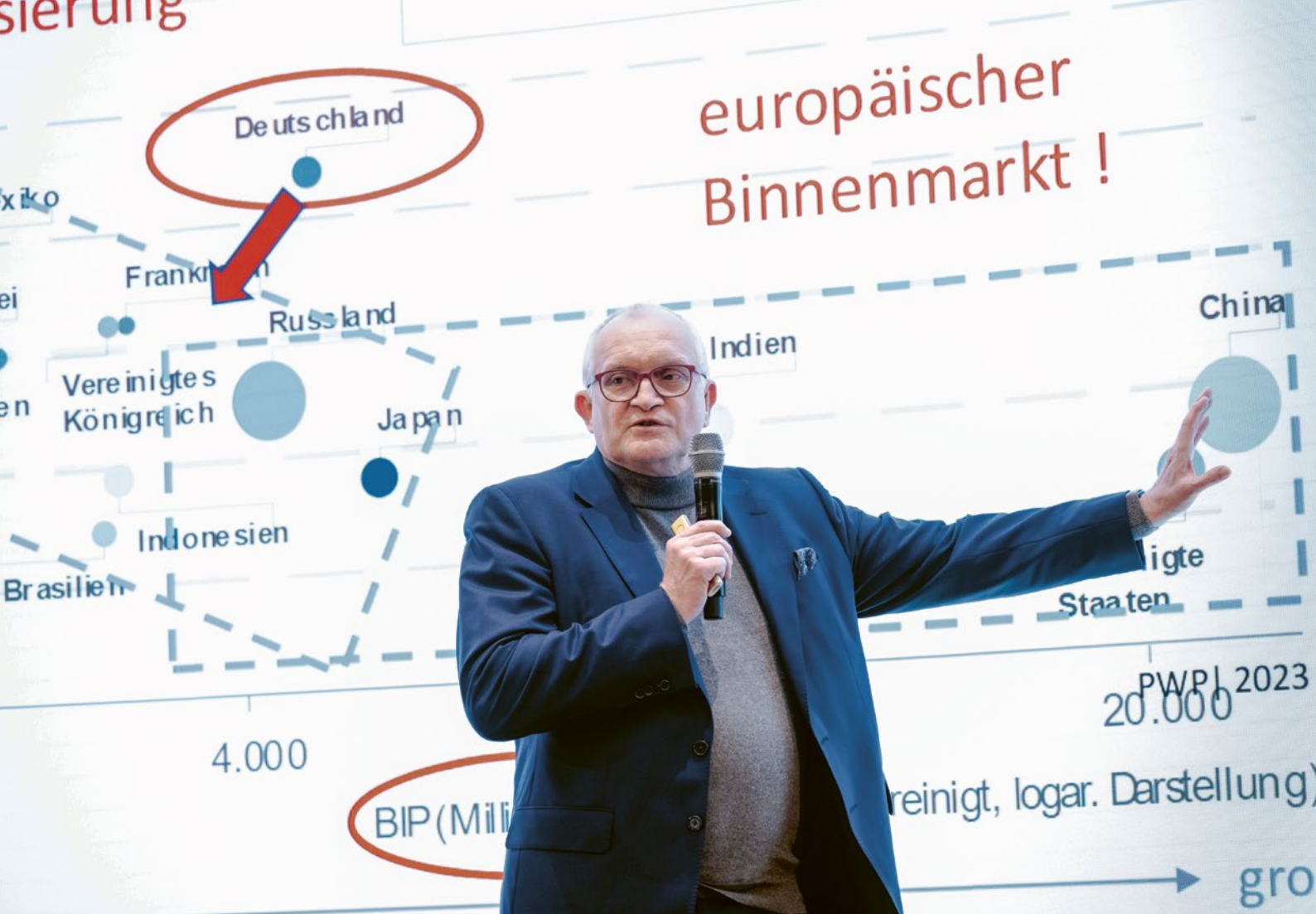
- 1 Heike Göbel und Christoph M. Schmidt diskutieren über die Rolle des Journalismus und der Wissenschaft in der Sozialen Marktwirtschaft.
- 2 Feierliche Veranstaltung im Festsaal des Senckenberg Jügelhauses in Frankfurt am Main.
- 3 Bundesministerin Karin Prien freut sich für die FAZ-Journalistin Heike Göbel.



— Europas

Wettbewerbs

fähigkeit



„Umso wichtiger ist die Vollendung des europäischen Binnenmarkts“

Verabschiedung von Christoph M. Schmidt als KAS-Fellow am 17. Dezember 2025 in Berlin

Während seines KAS-Fellowships hat Christoph M. Schmidt regelmäßig betont, dass ein Hebel zur wirtschaftlichen Erholung Deutschlands in der Europäischen Union liege. Insbesondere die Vollendung des Binnenmarkts biete große Wachstumspotenziale. Wie Deutschlands und Europas Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden können, stand daher im Zentrum der Debatte zum Abschluss des Fellowships von Christoph M. Schmidt.

„Sichern kann man eigentlich nur etwas, das es gibt – und nicht wenige haben inzwischen mehr als ein halbes Fragezeichen an das Vorhandensein der Wettbewerbsfähigkeit der EU angemeldet“ – mit diesen Worten setzte der derzeitige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Norbert Lammert, in seiner Eröffnungsrede den Ton für die anschließende Debatte. Er verwies darauf, dass die entscheidende Frage nicht sei, ob es europäische Initiativen zur

Vollendung des europäischen Binnenmarkts

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gebe, sondern ob diese ausreichen.

In ihrer Keynote betonte Patricia Lips, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass sich Europa in einem Moment grundlegender Weichenstellungen befinde. Es brauche eine systematische Überprüfung des EU-Regelwerks. Dabei mahnte sie einen Kulturwandel an. Eine grundsätzliche Vertrauenskultur gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen müsse an die Stelle kleinteiliger Regulierung treten. „Wir brauchen schnellere Verfahren, offene Märkte und mehr Wettbewerb!“, forderte Lips und schloss: „Produktivität ist die wichtigste Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit.“

Dazu gehöre auch, Strukturwandel zuzulassen. Mit Blick auf die Forschungsquote, die das Verhältnis der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zum Bruttoinlandsprodukt angibt, hinke die Europäische Union anderen Volkswirtschaften wie Südkorea und den USA hinterher.

In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte Michael Hager, Kabinettschef von EU-Kommissar Valdis Dombrovskis, dass die europäische Wirtschaftspolitik von vielen Fesseln befreit werden müsse. Die Omnibus-Pakete seien ein Schritt in diese Richtung: „Wir müssen abtragen, was Freiheit und Möglichkeiten unterdrückt.“ Dabei gehe es nicht darum, nach dem Vorbild Argentiniens „alles abzuholzen“. Es gebe zwar viel Regulierung, aber auch vieles, das Sinn ergebe. Auch Trumps „Durchregieren mit Consecutive Orders“ könne kein Vorbild sein. „Wir als Demokratie bringen die verschiedenen Interessen zusammen und versuchen eine Politik der Mitte zu schaffen“, so Hager.

Der Staat als Ermöglicher und Katalysator

Der bekennende „Zahlenmensch“ Christoph M. Schmidt zeigte in seinem Einführungsvortrag, dass größere Volkswirtschaften sich oft selbst genügten, während kleinere Volkswirtschaften offener seien. „Deutschland hat eine ganz besondere Stellung. Wir sind eine der größten Volkswirtschaften, aber auch eine sehr offene“, analysierte Schmidt. Unter Verweis auf zunehmende geopolitische Spannungen, die sich in Zöllen und Exportbeschränkungen – etwa von Seltenen Erden – zeigten, fügte er hinzu: „Umso wichtiger ist die Vollendung des europäischen Binnenmarkts.“ Wenn der Marktzugang außerhalb Europas eingeschränkt werde, müsse sich Europa intern stärker verbinden. Darüber hinaus empfahl der designierte Präsident der Leibniz-Gemeinschaft eine effizientere Rahmensetzung, die die Freiheitlichkeit in den Mittelpunkt rücke. Der Staat solle als Ermöglicher und Katalysator fungieren sowie die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft fördern.

Wie Europa wieder mehr Zuspruch bekommt

Auf die Frage des Moderators Tim Peter, Referent für die Wettbewerbsfähigkeit Europas der Konrad-Adenauer-Stiftung, ob sie eine Trendwende in der EU sehe, zeigte sich Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ und Trägerin des Preis Soziale Marktwirtschaft 2025, skeptisch: „Der regulatorische Geist atmet in vielen neuen Verordnungen weiter.“ Auch der viel gelobte Bau von Rechenzentren müsse durch eine erschwingliche Energieversorgung flankiert werden. Sonst sei das Betreiben im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig. Insgesamt sei eine Priorisierung der Ausgaben notwendig. Der Elefant im Raum blieben die Sozialausgaben.

Europas Wettbewerbsfähigkeit



1

2



- 1 Patricia Lips, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei ihrer Keynote.
- 2 Norbert Lammert eröffnete die Veranstaltung.
- 3 Podiumsdiskussion: Michael Hager, Patricia Lips, Christoph M. Schmidt, Heike Göbel, Stefan Rouenhoff und Moderator Tim Peter.

Patricia Lips MdB
Stellvertretende Vorsitzende
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Moderation: Tim Peter
Referent für die Wettbewerbsfähigkeit Europas
Konrad-Adenauer-Stiftung



3

Dem pflichtete Patricia Lips bei und warb für eine Priorisierung der Ziele Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Haushalt: „Wir geben wahnsinnig viel Geld aus für Dinge, die diesen Mehrwert nicht immer generieren.“ Wenn wir weiterhin über unsere Verhältnisse lebten, so Lips, werde es in naher Zukunft schmerzhaft Entscheidungen geben.

Mit Blick auf die europäische Handelsagenda forderte Stefan Rouenhoff MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Wir müssen hin zu einfachen Handelsabkommen und wir müssen die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund rücken.“ Er mahnte einen schnellen Abschluss des Mercosur-Abkommens an: „Ansonsten verlieren wir massiv an Glaubwürdigkeit.“ Darüber hinaus äußerte er als „großer Anhänger der europäischen Idee“ die Sorge, die Bürgerinnen und Bürger für diese Idee zu verlieren. Europa habe „ein Stück weit Maß verloren“. Er würde sich wünschen, dass Europa sich künftig wieder um die großen Fragen kümmere und so wieder mehr Zuspruch bekomme.

„Loslassen üben“

Auf das Kapitel zur Industriepolitik im Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) angesprochen, betonte Schmidt, der von 2024 bis 2026 selbst Mitglied des sechsköpfigen Beratergremiums der Bundesregierung war, die Dezentralität der deutschen Volkswirtschaft. Subventionen seien daher immer ein Balanceakt. Der Staat müsse sehr vorsichtig bei der Stützung einzelner Unternehmen sein und solle lieber bessere Rahmenbedingungen für alle schaffen. „Wir sind besonders schlecht darin, etwas zu beenden, was wir einmal angefangen haben“, konstatierte Schmidt. Die Abschlussfrage des Moderators, welchen Neujahrsvorsatz die Diskutantinnen und Diskutanten für die EU hätten, beantwortete Schmidt sogleich mit „Loslassen üben“.

Zum Abschluss stellte Norbert Lammert mit Blick auf die Neujahrsvorsätze fest: „Es ist bemerkenswert, dass jeder als Vorsatz für das nächste Jahr Veränderungen eingefordert hat und nicht, dass man etwas beibehalten sollte.“ Er würdigte Christoph M. Schmidt für sein Wirken in der und für die Konrad-Adenauer-Stiftung an der Schnittstelle von Wirtschaft und Forschung und unterstrich: „Christoph Schmidt ist in diesem Jahr das fünfte Beispiel des gelungenen Fellowship-Programms.“



— Wirtschaft

themen

WACHSTUM UND KLIMASCHUTZ VEREINEN



Digitalisierung in Afrika

Die Digitalisierung bietet vielen afrikanischen Ländern enorme wirtschaftliche Chancen. Insbesondere der Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels und der Etablierung neuer Fintech-Lösungen für Startups wird viel Potenzial zugeschrieben. In wirtschaftlichen Schlüsselbereichen wie Gesundheit, Bildung und der Landwirtschaft können Daten genutzt werden, um evidenzbasierte Politikgestaltung zu verbessern. Das Regionalprogramm Wirtschaft Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Nairobi treibt dieses Thema unter anderem mit dem *Africa Data Summit* voran. In Kooperation mit dem Fellowship 2025 präsentierte der Wirtschaftswissenschaftler Torsten Schmidt vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung auf der Konferenz vom 25. bis 26. Juni makroökonomische Instrumente für Prognosen im Agrarsektor und zeigte, wie digitale Instrumente die landwirtschaftliche Produktion auf dem afrikanischen Kontinent verbessern können.

MEHR ZUM THEMA

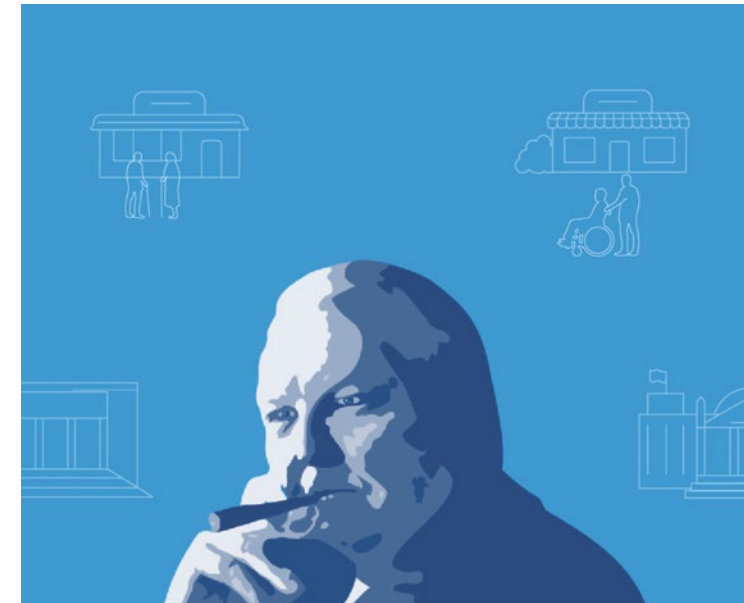
<https://www.kas.de/documents/d/wirtschaft-afrika/africa-data-summit-event-report-2025>

Wachstum und Klimaschutz

Wirtschaftliches Wachstum und der Schutz von Klima und Natur müssen Hand in Hand gehen, damit die Transformation zur Klimaneutralität gelingt. Demgegenüber würde ein Rückbau von Industriekapazitäten in Europa zu einer globalen Verlagerung von CO₂-Emissionen führen und die Möglichkeiten einschränken, die Transformation technologisch zu gestalten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet mit vielfältigen Maßnahmen an der Schnittstelle von Klimaschutz, Technologie und Wachstum. Beispielsweise konnte mit einer unter der Leitung der Wirtschaftswissenschaftlerin Veronika Grimm erstellten Studie gezeigt werden, wie eine wirksame Klimapolitik mithilfe geeigneter Rahmenbedingungen, insbesondere einer konsequenten CO₂-Bepreisung, und unterstützenden staatlichen Maßnahmen gelingen kann. Die Wachstumskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung bot den Rahmen, die Studie einem breiten Fachpublikum vorzustellen, zu diskutieren und ihre Ergebnisse in das politische Berlin zu tragen.

MEHR ZUM THEMA

<https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wachstum-und-klimaschutz-vereinen>



Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft

Die Konrad-Adenauer-Stiftung sieht sich als Bewahrerin der Sozialen Marktwirtschaft, die nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland vom ersten Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard gestaltet wurde. Mit ihrem Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft bietet die Stiftung einen interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch über die Grundlagen und die Fortentwicklung der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der wissenschaftliche Beirat des Kollegs gewährleistet dabei eine durchgehende fachliche Begleitung der Kollegiatinnen und Kollegiaten. Im Lichte der Überzeugungen der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft werden Herausforderungen des deutschen Wirtschaftssystems beleuchtet und Lösungen für aktuelle Probleme diskutiert. Dazu organisiert das Promotionskolleg zahlreiche Veranstaltungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und globale Handelsfragen.

MEHR ZUM THEMA

<https://www.kas.de/de/web/begabtenfoerderung-und-kultur/promotionskolleg-soziale-marktwirtschaft>



Planen, Bauen, Wohnen

Wohnen ist derzeit eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. In Städten fehlt bezahlbarer Wohnraum, während ländliche Regionen unter Leerstand und Wertverlust leiden. Es braucht mehr Neubau und private Investitionen, mehr nachhaltigen Wohnraum und einen einfacheren Zugang zu Wohneigentum. Das Thema Wohnen bildet daher einen Arbeitsschwerpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung. Durch den Austausch mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, durch die Erstellung von Analysen und Hintergrundinformationen sowie durch Veranstaltungen in ganz Deutschland werden Impulse für eine effektive Wohnungspolitik gegeben. Beispielsweise brachte der Kongress „Stadt. Land. Wohnraum?“ am 16. Oktober 2025 in Berlin verschiedene Perspektiven zusammen und beschäftigte sich mit den Themen Bürokratie, Finanzierung, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit.

MEHR ZUM THEMA

<https://www.kas.de/de/planen-bauen-wohnen>

Impressionen



1



2



3



4

- 1 Christoph M. Schmidt und Norbert Lammert zu Gast im Café Olé.
- 2 RWI-Wirtschaftsgespräch: 3 Prominente – 3 Themen – 3 Herausforderer.
- 3 Christoph M. Schmidt bei Ökonomie Hautnah des RWI.
- 4 Vortrag bei der Ludwig-Erhard-Lecture 2025.

Christoph M. Schmidt



5



6



7

- 5 Neusser Stadtgespräch zum Thema „Standort Deutschland – Wie erneuern wir unsere Wirtschaftskraft?“.
- 6 Auf der Veranstaltung „Deutschlands Interessen in der Welt – Eine Würdigung Horst Köhlers“.
- 7 Christoph M. Schmidt im Gespräch mit Ella Heising von TechHub.K67.

2021

Armin Nassehi

... ist Vizepräsident der Ludwig-Maximilians-Universität in München und Lehrstuhlinhaber am Institut für Soziologie. Er ist in Tübingen geboren und in Gelsenkirchen und Teheran aufgewachsen. In München lehrt und forscht er im Bereich der Allgemeinen Soziologie und Gesellschaftstheorie, mit besonderem Blick auf Kultur, Politik und Wissensproduktion. Prof. Dr. Armin Nassehi gehört zu den führenden Stimmen der Wissenschaft im gesellschaftlichen Diskurs und versteht es, soziologische Analysen aktueller Gesellschaftsprobleme verständlich für die breite Öffentlichkeit zu übersetzen.

2022

Christoph Heusgen

... war viele Jahre außenpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und übernahm in dieser Rolle von 2017 bis 2021 die Position des Ständigen Vertreters Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York. Als ausgewiesener Experte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bekleidete er von 2022 bis 2025 die Position des Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz. In seiner Zeit als KAS-Fellow 2022 beriet und unterstützte Prof. Dr. Heusgen die Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere in ihrem Kernthema Sicherheit.

2023

Antje Boetius

... ist Präsidentin des Monterey Bay Aquarium Research Institute (MBARI) in Kalifornien. In ihrer Zeit als KAS-Fellow 2023 war sie Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, sowie Professorin für Geomikrobiologie an der Universität Bremen. In ihrer mehrfach ausgezeichneten Arbeit beschäftigt sich Prof. Dr. Antje Boetius unter anderem mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ozeane und Polarregionen. Als unabhängige Expertin hat sie die Stiftungsarbeit beobachtet, begleitet und mitgestaltet.

2024

Lars Zimmermann

... war während seines Fellowships Vorstand des von ihm mitgegründeten GovTech Campus Deutschland e. V., des weltweit ersten Innovations-, Entwicklungs- und Lernraums für die Modernisierung von Staat und Verwaltung. Er engagiert sich seit Jahren in den Bereichen Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform und hat eine Vielzahl von Projekten entwickelt, angestoßen und umgesetzt. Während seines Fellowships hat er die Stiftung bei den Themen Digitalisierung, Staatsmodernisierung und Künstliche Intelligenz mit neuen Ideen und Konzepten begleitet und herausgefordert.

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, 2026

Redaktion:

Andreas Jacobs

Tim Elias Peter

Nora Kalweit

Bildnachweise:

Cover: yanik88/Smarterpix; S. 5: Jana Reimann-Grohs; S. 6: Tobias Koch; S. 8/9: maykal/Smarterpix; S. 10: Sven Lorenz/RWI; S. 13: Lena Giovanazzi/Leibniz-Gemeinschaft; S. 14/15: pzaxe/Smarterpix; S. 16: Nico Kurth/IPAI Foundation; S. 18: Nico Kurth/IPAI Foundation; S. 19: Matt Stark; S. 22/23: lucky pics (mit KI generiert)/AdobeStock; S. 24: Edgar Nemschok; S. 26: Edgar Nemschok; S. 27: Edgar Nemschok; S. 28: Jana Reimann-Grohs; S. 30/31: mkrtchyanvahag@inbox.ru/Smarterpix; S. 33: Julia Reisinger; S. 34: Julia Reisinger; S. 35: Julia Reisinger; S. 36/37: wlad74/Smarterpix; S. 38: Jens Jeske; S. 40: Jens Jeske; S. 41: Jens Jeske; S. 42/43: scalatore1959/Smarterpix; S. 44 (rechts): Fridah M. Kyalo; S. 45 (rechts): Leon Fülber; S. 46 (oben links): Andreas Jacobs; S. 46 (oben rechts): Reinaldo Coddou/RWI; S. 46 (unten links): Reinaldo Coddou/RWI; S. 46 (unten rechts): Georg Schneider; S. 47 (oben und unten): Simone Gerhards; S. 47 (Mitte): Stefan Reith

Gestaltung und Satz:

KALUZA+SCHMID Studio GmbH, Berlin

Korrektorat:

Ingrid Furchner

Sophie Steybe

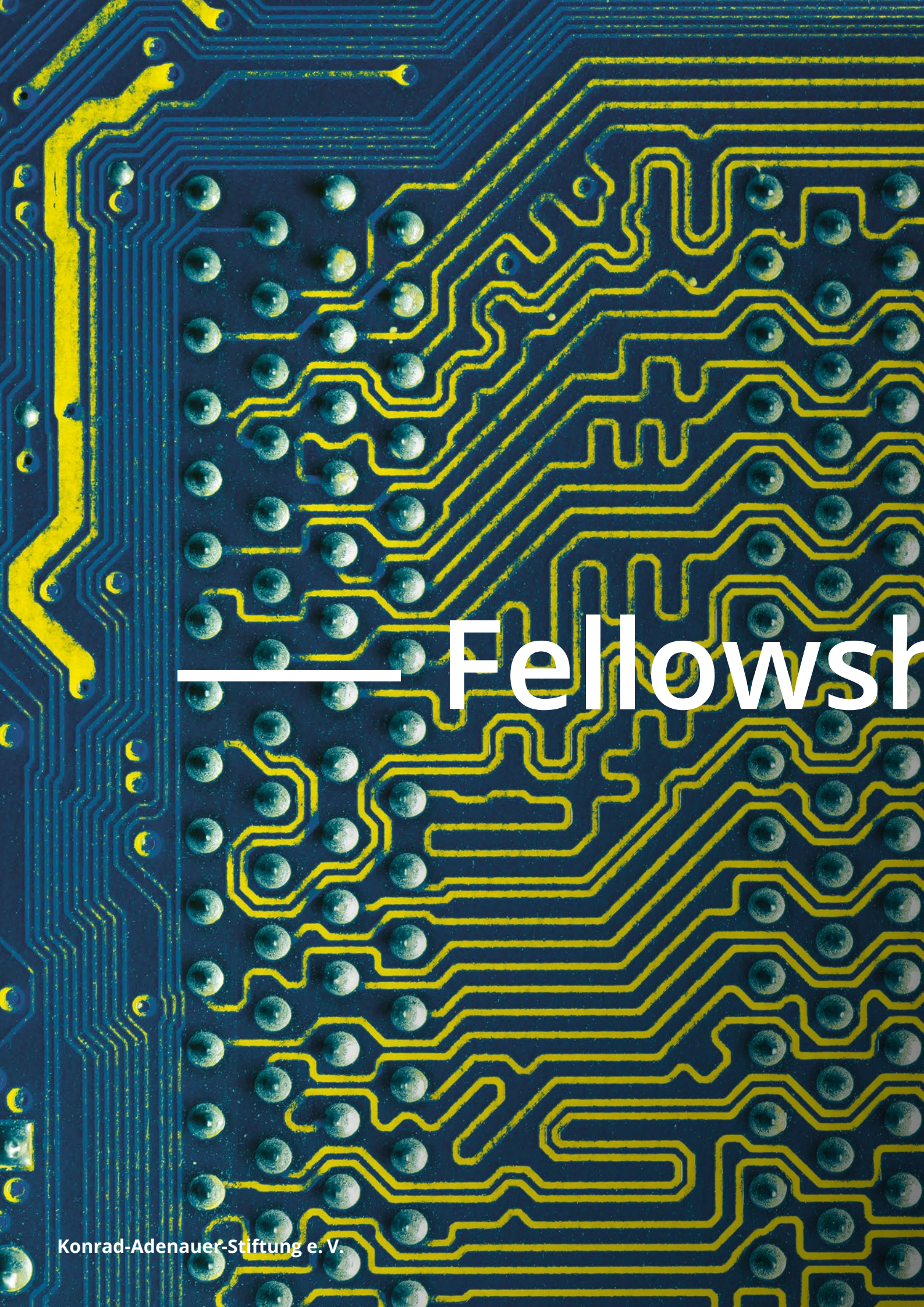
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-355-1



— Fellowship